



**Postulat von André Wicki und Manuel Brandenburg
betreffend Erhöhung der Polizeipräsenz in bestimmten Quartieren der Stadt Zug
vom 19. Dezember 2012**

André Wicki, Zug, und Manuel Brandenburg, Zug, haben am 19. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht:

Mit dem vorliegenden dringlichen Postulat wird der Regierungsrat aufgefordert, die polizeilichen Mittel umgehend so zu organisieren, dass in bestimmten, besonders gefährdeten Quartieren in der Stadt Zug permanent Polizei, auch in der Nacht, vor Ort ist.

Begründung:

1. In den letzten Wochen wurde die Stadt Zug, insbesondere bestimmte Quartiere wie z.B. die Räämatt in Oberwil oder andere Quartiere in der Stadt Zug, von einer Einbruchserie heimgesucht. In den lokalen Medien konnte man wenig bis nichts darüber lesen. Ein Einbruch verunsichert die davon betroffene Person grundlegend und existenziell.
2. Die Wahrung der inneren Sicherheit ist die allererste Aufgabe eines Staates. Kann er die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr gewährleisten, ist alles andere auch in Gefahr, insbesondere die Rechtsordnung und das gesittete Zusammenleben der Leute.
3. Weil der Polizei bekannt ist, in welchen Quartieren Einbrüche stattgefunden haben, sind ihre Mittel als Sofortmassnahme so einzusetzen, dass in diesen Quartieren permanente Polizeistreifen stationiert werden, um die Sicherheit der Leute zu gewährleisten und um allfällige Täter abzuschrecken.
4. Sollte der (denkbare) Einwand des Regierungsrates vorgebracht werden, die Polizei verfüge nicht über genügend Leute, oder die Gemeinden müssten diese Leistungen durch Sicherheitsassistenten sicherstellen, so ist ihm entgegenzuhalten, dass die Dringlichkeit des Anliegens und die Wichtigkeit der Sache es verbieten, den betroffenen Bürgern Ausführungen über die internen Zuständigkeiten der Polizeiorgane zwischen Stadt und Kanton und über die Personalsituation der Zuger Polizei zuzumuten. Als Sofortmassnahme müssen die rückwärtigen Dienste nötigenfalls reduziert werden, damit die Präsenz vor Ort in dieser schwierigen Zeit sichergestellt werden kann. Denkbar sind auch permanente Wachposten der Polizei in bestimmten Quartieren. Diesbezüglich wird der Regierungsrat aufgefordert, die Realität anzuerkennen und nicht dem Tabu das Wort zu reden, in der Stadt Zug seien so etwas wie permanente Polizeiwachposten nicht notwendig. Die von Einbruch und Gewalt betroffenen Bürger werden es ihm danken, möglicherweise auf Kosten des „Images“, dafür zu Gunsten der Sache und der Sicherheit der Bürger.